



Antrag

der Fraktionen von SPD und SSW

Einrichtung einer Transfergesellschaft zur Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit bei der FSG-Nobiskrug

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Finanzierung einer Transfergesellschaft sicherzustellen, um die berufliche Perspektive der Beschäftigten der FSG-Nobiskrug und ihrer verbundenen Unternehmen auch über den 31. Januar hinaus zu sichern. Ziel ist es, so den Übergang bis zur Übernahme durch einen neuen Investor für die Werften zu gewährleisten. Die Finanzierung soll unter Einbindung potenzieller Investoren und durch Landesmittel unter Beachtung der beihilferechtlichen Voraussetzungen sichergestellt werden.

Begründung:

Angesichts der Insolvenz der FSG-Nobiskrug droht ein massiver Verlust von Arbeitsplätzen, falls der laufende Investorenprozess nicht rechtzeitig abgeschlossen wird. Die Einsetzung einer Transfergesellschaft bietet eine effektive Möglichkeit, die Fachkräfte an den Standorten in Rendsburg und Flensburg zu halten.

Die Finanzierung einer Transfergesellschaft erfordert eine ausgewogene Kombination verschiedener Mittel, um ihre Umsetzung zu gewährleisten. Die Einbindung der abgekauften Kündigungsfristen der Beschäftigten bietet eine tragfähige Grundlage, während eine finanzielle Beteiligung potenzieller Investoren zusätzliche Stabilität schaffen kann. Zudem kann die Gewährung eines Landeszuschusses oder Darlehens dazu beitragen, die finanzielle Basis abzusichern. Verhandlungen mit Investoren sind dabei entscheidend, um deren Unterstützung sowohl bei der Kostenübernahme als auch bei der Integration von Mitarbeiter*innen in neue Strukturen sicherzustellen. Dies würde nicht nur die Transfergesellschaft entlasten, sondern den Beschäftigten auch eine zügige berufliche Perspektive eröffnen.

Die Einsetzung einer Transfergesellschaft steht im Interesse aller Beteiligten, da sie nicht nur die soziale Absicherung der Arbeitnehmer*innen gewährleistet, sondern auch die langfristige Attraktivität des Standorts für potenzielle Investoren erhöht.

Thomas Hölck

und Fraktion

Kianusch Stender

Christian Dirschauer

und Fraktion

Sybilla Nitsch